



\* Gemeinde Bernau a. Chiemsee

Satzung  
über die Bestattungseinrichtung der  
Gemeinde Bernau a. Chiemsee  
(Friedhofs- und Bestattungssatzung)

Aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 und Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erläßt die Gemeinde Bernau a. Chiemsee folgende Satzung:

## **I. Allgemeine Vorschriften**

### **§ 1**

#### **Bestattungseinrichtung**

Zum Zweck einer geordneten und würdigen Totenbestattung, insbesondere der Gemeindewohner, betreibt die Gemeinde

1. den Friedhof in Bernau a. Chiemsee mit den einzelnen Grabstätten,
2. das Leichenhaus in Bernau a. Chiemsee,
3. das Friedhofs- und Bestattungspersonal,

als eine öffentliche Einrichtung.

### **§ 2**

#### **Widmungszweck**

Der Friedhof ist insbesondere den verstorbenen Gemeindewohnern als würdige Ruhestätte und zur Pflege ihres Andenkens gewidmet.

### **§ 3**

#### **Friedhofsverwaltung**

Der Friedhof wird von der Gemeinde als Friedhofsträgerin verwaltet und beaufsichtigt (Friedhofsverwaltung).

### **§ 4**

#### **Bestattungsanspruch**

(1) Auf dem Friedhof ist die Bestattung

1. der verstorbenen und zuletzt mit Hauptwohnsitz gemeldeten Gemeindewohner,
2. der im Gemeindegebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Bestattung anderweitig nicht sichergestellt ist,

zu gestatten.

(2) Die Bestattung anderer als der in Absatz 1 genannten Personen bedarf der besonderen Erlaubnis der Gemeinde, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

(3) Für Tot- und Fehlgeburten gilt Art. 6 des Bestattungsgesetzes (BestG).

### **§ 5**

#### **Entwidmung**

(1) Die Gemeinde kann den gesamten Friedhof, Teile des Friedhofes oder einzelne Grabstätten seiner Bestimmung entziehen (Entwidmung), wenn zwingende öffentliche Gründe dies erfordern.

(2) Mit der Entwidmung erlöschen alle Nutzungsrechte an den Grabstätten ohne Entschädigung.

(3) Vor jeder Entwidmung erhält der Nutzungsberechtigte einen schriftlichen Bescheid.

(4) Im Falle der Entwidmung ist die Gemeinde verpflichtet, für die restliche Dauer des bisherigen Nutzungsrechtes eine Ersatzgrabstätte zur Verfügung zu stellen. Die in der entwidmeten Grabstätte beigesetzten

Leichen und Urnen werden auf Kosten der Gemeinde in die Ersatzgrabstätten umgebettet und die Grabmäler und sonstige Grabanlagen verlegt. Der Umbettungstermin ist den Nutzungsberechtigten einen Monat vorher mitzuteilen.

## **II. Ordnungsvorschriften**

### **§ 6**

#### **Öffnungszeiten**

- (1) Der Friedhof ist von 7:00 Uhr bis 21:00 Uhr geöffnet.
- (2) Die Gemeinde kann das Betreten des Friedhofes oder einzelner Teile aus besonderem Anlaß, z.B. bei Exhumierungen und Umbettungen von Leichen (§ 33), untersagen.

### **§ 7**

#### **Verhalten auf dem Friedhof**

- (1) Jeder Besucher des Friedhofes hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Kindern unter zehn Jahren ist das Betreten des Friedhofes nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- (3) Im Friedhof ist insbesondere untersagt
  1. das Mitführen von Tieren (mit Ausnahme von Blindenhunden);
  2. das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere mit Fahrrädern. Ausgenommen sind Kinderwagen, Kranken- und Behindertenfahrstühle sowie die von der Gemeinde zugelassenen Fahrzeuge (Arbeitsfahrzeuge);
  3. das Feilbieten oder Anpreisen von Waren aller Art sowie das Anbieten von gewerblichen oder sonstigen Leistungen, das Verteilen von Druckschriften sowie das Betreiben irgendwelcher Werbung ohne Genehmigung der Gemeinde;
  4. das Verrichten störender Arbeiten in der Nähe während einer Bestattung oder Trauerfeier;
  5. die Verunreinigung von Gräbern, Plätzen und Wegen;
  6. das Ablagern von Abfällen an anderen als an den hierfür bestimmten und gekennzeichneten Plätzen. Die Abfälle sind nach kompostierbaren und sonstigen Abfällen zu trennen.
  7. Gegenstände aller Art im Friedhof, insbesondere hinter den Grabstätten, zu deponieren.
- (4) Den Anordnungen des Friedhofpersonals ist Folge zu leisten.

### **§ 8**

#### **Gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof**

- (1) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für ihre Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Genehmigung durch die Gemeinde. Die Genehmigung ist schriftlich zu beantragen.
- (2) Die Genehmigung wird nur Gewerbetreibenden erteilt, die in fachlicher (z.B. Eintragung in die Handwerksrolle), betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind. Die Gemeinde kann die Vorlage der erforderlichen Nachweise verlangen.
- (3) Wer unberechtigt gewerbliche Arbeiten auf dem Friedhof ausführt, kann von der Friedhofverwaltung vom Friedhof verwiesen werden.
- (4) Durch die Vornahme gewerblicher Tätigkeiten darf die Würde des Friedhofes nicht beeinträchtigt werden, insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Unter Beachtung von Satz 1 ist den zur Vornahme der Arbeiten Berechtigten die Benutzung der Friedhofswege mit geeigneten Fahrzeugen, abweichend von § 7 Abs. 3 Nr. 2, im erforderlichen Maße gestattet. Nach Beendigung der jeweiligen Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

- (5) Abräum-, Rest- und Verpackungsmaterial der am Friedhof gewerblich tätigen Steinmetze und Gärtner (z.B. alte Fundamente, Einfassungen, Grabmale, Erde, Folien und Styroporplatten für Blumentöpfe) ist vom Friedhof zu entfernen.
- (6) Die Genehmigung zur Ausübung gewerblicher Tätigkeiten auf dem Friedhof kann von der Gemeinde entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für die Genehmigung weggefallen sind oder wenn der Gewerbetreibende die Voraussetzungen des Abs. 2 nicht oder nicht mehr erfüllen oder mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder gegen berechnigte Anordnungen des Friedhofspersonals verstoßen hat. Ein einmaliger schwerer Verstoß ist ausreichend.

### **III. Grabstätten**

#### **§ 9**

##### **Allgemeines**

- (1) Die Grabstätten bleiben im Eigentum der Gemeinde. An ihnen können befristete Rechte nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Friedhofsplan (Belegungsplan), der bei der Friedhofsverwaltung während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann. In ihm sind die einzelnen Grabstätten fortlaufend nummeriert.
- (3) Die Zuteilung der Gräber erfolgt durch die Friedhofsverwaltung.

#### **§ 10**

##### **Arten der Grabstätten**

Auf dem Friedhof werden folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:

1. Einzelgrab,
2. Doppelgrab,
3. Familiengrab,
4. Kindergrab,
5. Urnengrab,
6. Urnennische mit zwei Urnenplätzen,
7. Urnennische mit vier Urnenplätzen,
8. anonyme Urnenbeisetzung auf dem gemeindlichen Friedhof.

#### **§ 11**

##### **Belegung der Grabstätten**

Für die Belegung der einzelnen Grabstätten (§ 10) gilt folgendes:

1. In einem Einzelgrab darf während einer Ruhefrist eine Leiche bestattet werden.
2. In einem Doppelgrab dürfen während einer Ruhefrist zwei Leichen bestattet werden, vorausgesetzt, die erstbestattete Leiche ist 200 cm tief gelegt worden.
3. In einem Familiengrab dürfen während einer Ruhefrist bis zu vier Leichen bestattet werden, vorausgesetzt, die zwei erstbestatteten Leichen sind 200 cm tief gelegt worden.
4. In einem Kindergrab darf während einer Ruhefrist die Leiche eines Kindes bis zum vollendeten fünften Lebensjahr bestattet werden.
5. Bei Urnengräbern gibt es keine Beschränkung über die zulässige Anzahl der Urnen.
6. Bei Urnennischen ergibt sich die zulässige Anzahl der Urnen aus § 10 Nrn. 6 und 7.

**§ 12****Beisetzung von Urnen**

- (1) Urnen können in allen Arten von Grabstätten beigesetzt werden.
- (2) Eine Urnenbestattung kann auf Antrag auch in einer bereits bestehenden Grabstätte (Einzelgrab, Doppelgrab, Familiengrab, Kindergrab) erfolgen. Durch die Beisetzung von Urnen wird die Belegungsfähigkeit dieser Grabstätte nicht berührt.
- (3) Urnen, für deren Beisetzung innerhalb von sechs Wochen nach der Feuerbestattung oder nach dem Eintreffen von Auswärts ein Grabnutzungsrecht nicht erworben wurde, werden in einem Urnensammelraum aufbewahrt und nach Ablauf von zwölf Jahren seit der Feuerbestattung in einem Sammelgrab im Friedhof anonym beigesetzt. Der Aschenbehälter wird entsorgt. Eine spätere Exhumierung ist dann nicht mehr möglich.

**§ 13****Ausmaße der Grabstätten**

- (1) Die einzelnen Grabstätten haben in der Regel folgende Ausmaße:
  1. Einzelgrab: Breite 100 cm / Länge 150 cm,
  2. Doppelgrab: Breite 100 cm / Länge 150 cm,
  3. Familiengrab: Breite 120 cm / Länge 150 cm,
  4. Kindergrab: Breite 80 cm / Länge 110 cm,
  5. Urnengrab: Breite 80 cm / Länge 110 cm.
- (2) Der Abstand von Grabstätte zu Grabstätte darf 30 cm, gemessen von Außenkante zu Außenkante, nicht unterschreiten.

**§ 14****Tiefe der Grabstätten**

- (1) Die Tiefe der einzelnen Grabstätten beträgt
  1. bei Einzelgräbern mindestens 160 cm,
  2. bei Doppelgräbern und Familiengräbern mindestens 200 cm,
  3. bei Kindergräbern mindestens 130 cm,
  4. bei Urnengräbern mindestens 80 cm,
  5. bei Umbettungen nach Ablauf der Ruhefrist (Gebeine) mindestens 80 cm.
- (2) Im übrigen müssen zwischen der Oberkante des Sarges und dem gewachsenen Boden (ohne Erdhügel) mindestens 90 bis 100 cm Zwischenraum bestehen.
- (3) Falls die Bodenbeschaffenheit es erfordert, kann die Friedhofsverwaltung eine andere Grabtiefe festsetzen.

**§ 15****Pflege und gärtnerische Gestaltung der Grabstätten**

- (1) Die Grabstätten sind in einem würdigen Zustand zu unterhalten.
- (2) Sechs Monate nach der Bestattung bzw. nach der Vergabe des Nutzungsrechtes ist die Grabstätte gärtnerisch in einer würdigen Weise anzulegen und bis zum Ablauf der Ruhezeit in diesem Zustand zu erhalten. Anpflanzungen sind auf die Grabfläche beschränkt. Dabei dürfen nur geeignete Gewächse verwendet werden, welche die benachbarten Gräber, die öffentlichen Anlagen und Wege und eine spätere Wiederverwendung der Grabstätte nicht beeinträchtigen. Bäume und Sträucher sind in stets widerruflicher Weise zugelassen; sie dürfen eine Höhe von 120 cm nicht überschreiten. Grabbeete dürfen nicht höher als 20 cm sein.
- (3) Die Gemeinde kann vom Nutzungsberechtigten verlangen, daß stark wuchernde Bäume oder Sträucher zurückgeschnitten oder, falls erforderlich, entfernt werden. Das Zurückschneiden bzw. Entfernen kann gefordert

werden, wenn das Gesamtbild des Gräberfeldes gestört ist oder Bäume und Sträucher zu hoch geworden sind. Kommt der Nutzungsberechtigte innerhalb einer angemessenen Frist dieser Verpflichtung nicht nach, ist die Gemeinde befugt, dies auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu veranlassen.

- (4) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß angelegt und unterhalten, hat der Nutzungsberechtigte nach schriftlicher Aufforderung der Gemeinde das Grab innerhalb einer angemessenen Frist in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ermittelbar, genügt eine einmonatige Bekanntmachung durch einen Hinweis an der Grabstätte. Wird der Aufforderung nicht nachgekommen, kann die Gemeinde die Grabstätte auf Kosten des Nutzungsberechtigten auflösen. Über das zu entfernende Grabdenkmal, die Grabeinfassung sowie die abzuräumende Bepflanzung kann die Gemeinde entschädigungslos frei verfügen. Ferner kann das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entzogen werden.

#### **IV. Grabnutzungsrechte**

##### **§ 16**

##### **Erwerb eines Grabnutzungsrechtes**

- (1) Ein Grabnutzungsrecht kann nur bei Eintritt eines Sterbefalles erworben werden.
- (2) Das Grabnutzungsrecht wird für die Dauer der Ruhezeit (§ 32) erworben und beginnt mit dem Tage der Bestattung.
- (3) Das Grabnutzungsrecht kann nur einer Person zustehen.
- (4) Für den Erwerb des Grabnutzungsrechtes gilt § 18 entsprechend.
- (5) Über den Erwerb des Grabnutzungsrechtes wird dem Nutzungsberechtigten eine Urkunde ausgestellt.
- (6) Eine Veräußerung des Grabnutzungsrechtes ist nicht gestattet.
- (7) Nach Ablauf der Ruhezeit kann die Gemeinde über die Grabstätte anderweitig verfügen.

##### **§ 17**

##### **Verlängerung eines Grabnutzungsrechtes**

- (1) Das Grabnutzungsrecht kann nach Ablauf der Ruhezeit bzw. nach Ablauf eines bereits verlängerten Grabnutzungsrechtes um weitere fünf Jahre verlängert werden, wenn der Platzbedarf am Friedhof dies zuläßt und die Pflege der Grabstätte (§ 15) gesichert ist.
- (2) Mit Entrichtung der Grabgebühr wird die Verlängerung des Grabnutzungsrechtes wirksam.
- (3) Dem Nutzungsberechtigten wird über die Verlängerung des Grabnutzungsrechtes eine Urkunde ausgestellt.
- (4) Ein Rechtsanspruch auf Verlängerung des Grabnutzungsrechtes besteht nicht.
- (5) Wird das Grabnutzungsrecht nicht verlängert, so hat der Nutzungsberechtigte
  1. bei einer Erdgrabstätte das Grabdenkmal, die Grabeinfassung und die Bepflanzung zu entfernen sowie den Grabhügel einzuebnen,
  2. bei einer Urnennische die Urnenplatte in unbeschriftetem Zustand an die Friedhofsverwaltung zurückzugeben. Das Abschleifen der Urnenplatte wird von der Friedhofsverwaltung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlaßt.
- (6) Wird das Grabnutzungsrecht nicht verlängert und keine Überführung der in der aufgelösten Grabstätte beigesetzten Urnen zur Bestattung in einem anderen Friedhof gewünscht, werden die Aschenreste der Verstorbenen in einer Sammelgrabstätte im gemeindlichen Friedhof anonym beigesetzt. Die Aschenbehälter werden entsorgt. Eine spätere Exhumierung ist dann nicht mehr möglich.

**§ 18****Übergang eines Grabnutzungsrechtes**

- (1) Der Nutzungsberechtigte kann zu Lebzeiten das Grabnutzungsrecht auf seinen Ehegatten oder einen Abkömmling übertragen, wenn dieser das Nutzungsrecht annimmt. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen von der Beschränkung auf Ehegatten und Abkömmlinge bewilligen.
- (2) Nach dem Tode des Nutzungsberechtigten geht das Grabnutzungsrecht auf die Person über, den der bisherige Nutzungsberechtigte in einer letztwilligen Verfügung ausdrücklich bestimmt hat. Eine derartige letztwillige Verfügung kann nur zu Gunsten einer Person getroffen werden. Werden mehrere Personen benannt, sind sie in der Reihenfolge ihrer Benennung anspruchsberechtigt bzw. zur Übernahme des Grabnutzungsrechtes verpflichtet.
- (3) Mangels einer letztwilligen Verfügung geht das Grabnutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge über auf
  1. den überlebenden Ehegatten und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe des Verstorbenen vorhanden sind,
  2. die ehelichen und nichtehelichen Kinder,
  3. die Adoptiv- und Stiefkinder,
  4. die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,
  5. die Eltern,
  6. die voll- und halbbürtigen Geschwister,
  7. die Stiefgeschwister,
  8. die nicht unter Ziffern 1. bis 7. fallenden Erben.Innerhalb der Ziffern 2. bis 8. hat der Ältere Vorrang vor dem Jüngeren.
- (4) Die Reihenfolge nach Absatz 3 ändert sich im Falle der Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten zu Gunsten der Abkömmlinge des Verstorbenen.
- (5) Der Nutzungsberechtigte nach Absatz 3 bzw. Absatz 4 kann zu Gunsten eines anderen Anspruchsberechtigten auf das Grabnutzungsrecht verzichten.
- (5) Dem Nutzungsberechtigten nach Absatz 3 bzw. Absatz 4 wird über den Übergang des Grabnutzungsrechtes eine Urkunde ausgestellt.

**§ 19****Verzicht auf ein Grabnutzungsrecht**

- (1) Abgesehen von den Fällen des § 18 kann nach Ablauf der Ruhezeit auf ein darüber hinaus verlängertes Grabnutzungsrecht nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung verzichtet werden.
- (2) Bei Verzicht auf ein Grabnutzungsrecht hat der Grabnutzungsberechtigte
  1. bei einer Erdgrabstätte das Grabdenkmal, die Grabeinfassung und die Bepflanzung zu entfernen sowie den Grabhügel einzuebnen,
  2. bei einer Urnennische die Urnenplatte in unbeschriftetem Zustand an die Friedhofsverwaltung zurückzugeben. Das Abschleifen der Urnenplatte wird von der Friedhofsverwaltung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlaßt.
- (3) Die bei Erwerb bzw. Verlängerung des Grabnutzungsrechtes entrichtete Grabgebühr wird, vom Tag der Beendigung des Nutzungsrechtes an, für die vollen Jahre, die das Nutzungsrecht noch bestanden hätte, anteilig zurückerstattet.
- (4) Wird bei Auflösung der Grabstätte keine Überführung der darin beigesetzten Urnen zur Bestattung in einem anderen Friedhof gewünscht, so werden die Aschenreste der Verstorbenen in einer Sammelgrabstätte im Friedhof anonym beigesetzt. Die Aschenbehälter werden entsorgt. Eine spätere Exhumierung ist dann nicht mehr möglich.

**V. Grabmäler****§ 20****Errichtung von Grabmälern**

- (1) Die Errichtung und wesentliche Änderung von Grabmälern bedarf der Erlaubnis der Gemeinde.
- (2) Die Erlaubnis ist schriftlich zu beantragen. Dem Antrag sind die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen beizufügen, insbesondere
  1. eine Zeichnung des Grabmalentwurfes einschließlich Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1 : 10,
  2. die Angabe des Werkstoffes, seiner Farbe und Bearbeitung,
  3. die Angabe über die Schriftverteilung.

Soweit es erforderlich ist, können von der Gemeinde im Einzelfall weitere Unterlagen angefordert werden.

- (3) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn das Grabmal den Bestimmungen dieser Satzung nicht entspricht.
- (4) Werden Grabmäler ohne Erlaubnis errichtet oder wesentlich geändert, so kann die Gemeinde die teilweise oder vollständige Beseitigung des Grabmales anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Bestände hergestellt werden können.
- (5) Grabplatten und Kissensteine sind nicht gestattet.
- (6) Im Friedhofsteil "Ost" sind als Grabmäler nur Eisen- oder Holzkreuze zugelassen.
- (7) Die Grabmäler und Grabeinfassungen sind der Einteilung des Friedhofes entsprechend zu setzen; die Grabmäler auf vorhandene Fundamente in der Mitte des Grabplatzes. Die Grabsteine und Sockel haben mit ihrer Rückseite eine gleich verlaufende Linie zu bilden. Die einzelnen Teile sind fest miteinander zu verbinden.

**§ 21****Ausmaße der Grabmäler und Einfassungen**

- (1) Grabsteine (einschließlich Sockel) dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht über- bzw. unterschreiten:
  1. Familiengrab      Breite: 100 cm / Mindesthöhe: 100 cm / Maximalhöhe: 140 cm / Stärke: 20 cm,
  2. Doppelgrab      Breite: 80 cm / Mindesthöhe: 100 cm / Maximalhöhe: 140 cm / Stärke: 20 cm,
  3. Einzelgrab      Breite: 80 cm / Mindesthöhe: 100 cm / Maximalhöhe: 140 cm / Stärke: 20 cm,
  4. Kindergrab      Breite: 60 cm / Mindesthöhe: 60 cm / Maximalhöhe: 100 cm / Stärke: 20 cm,
  5. Urnengrab      Breite: 60 cm / Mindesthöhe: 60 cm / Maximalhöhe: 100 cm / Stärke: 20 cm.
- (2) Grabkreuze (einschließlich Sockel) dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht über- bzw. unterschreiten:
  1. Familiengrab      Breite: 100 cm / Mindesthöhe: 120 cm / Maximalhöhe: 200 cm / Stärke: 20 cm,
  2. Doppelgrab      Breite: 80 cm / Mindesthöhe: 120 cm / Maximalhöhe: 200 cm / Stärke: 20 cm,
  3. Einzelgrab      Breite: 80 cm / Mindesthöhe: 120 cm / Maximalhöhe: 200 cm / Stärke: 20 cm,
  4. Kindergrab      Breite: 60 cm / Mindesthöhe: 60 cm / Maximalhöhe: 120 cm / Stärke: 20 cm,
  5. Urnengrab      Breite: 60 cm / Mindesthöhe: 60 cm / Maximalhöhe: 120 cm / Stärke: 20 cm.
- (3) Bei Grabkreuzen darf die Sockelhöhe ein Drittel der Gesamthöhe nicht überschreiten.
- (4) Grabeinfassungen dürfen im Regelfall folgende Maße, gemessen von Außenkante zu Außenkante, nicht überschreiten:
  1. Familiengrab      Breite: 120 cm / Länge: 150 cm,
  2. Doppelgrab      Breite: 100 cm / Länge: 150 cm,
  3. Einzelgrab      Breite: 100 cm / Länge: 150 cm,
  4. Kindergrab      Breite: 80 cm / Länge: 110 cm,
  5. Urnengrab      Breite: 80 cm / Länge: 110 cm.



**§ 22**

**Gestaltung der Grabmäler**

- (1) Jedes Grabmal muß dem Widmungszweck des gemeindlichen Friedhofes (§ 2) Rechnung tragen und sich in die Umgebung der Grabstätte einfügen. Die Gemeinde ist insoweit berechtigt, Anforderungen hinsichtlich Werkstoff, Art und Farbe des Grabmals zu stellen.
- (2) Inhalt und Gestaltung der Inschrift müssen mit der Würde des Friedhofes in Einklang stehen.

**§ 23**

**Standesicherheit der Grabmäler**

- (1) Jedes Grabmal muß entsprechend seiner Größe dauerhaft gegründet werden.
- (2) Der Nutzungsberechtigte hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die durch Nichtbeachtung dieser Verpflichtung entstehen.
- (3) Stellt die Gemeinde Mängel in der Standesicherheit fest, kann sie nach vorheriger vergeblicher Aufforderung das Grabmal auf Kosten des Nutzungsberechtigten entfernen oder den gefährlichen Zustand auf andere Weise beseitigen.
- (4) Der Nutzungsberechtigte ist auf die vorstehend genannten Verpflichtungen hinzuweisen.

**§ 24**

**Entfernung der Grabmäler**

- (1) Grabmäler dürfen vor Ablauf der Ruhezeit (§ 32) oder eines verlängerten Nutzungsrechtes nur mit Erlaubnis der Gemeinde entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder eines Nutzungsrechtes sind die Grabmäler, falls das Nutzungsrecht nicht verlängert wird, bei entsprechender Aufforderung der Gemeinde zu entfernen. Wird der Aufforderung nicht nachgekommen, kann die Gemeinde die Grabstätte auf Kosten des Nutzungsberechtigten auflösen. Über das zu entfernende Grabdenkmal, die Grabeinfassung sowie die abzuräumende Bepflanzung kann die Gemeinde entschädigungslos frei verfügen.

**VI. Leichenhaus**

**§ 25**

**Widmungszweck, Benutzung des Leichenhauses**

- (1) Das Leichenhaus dient nach Durchführung der Leichenschau
  1. zur Aufbewahrung der Leichen aller im Gemeindegebiet Verstorbenen, bis sie bestattet oder überführt werden,
  2. zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Leichen bis zur Beisetzung im Friedhof.
- (2) Die Verstorbenen werden im Leichenhaus aufgebahrt. Die Bestattungspflichtigen (§ 6 der BestV) entscheiden, ob die Aufbahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes.
- (3) Besucher und Angehörige haben von 7:00 Uhr bis 20:00 Uhr Zutritt zum Aufbahrungsraum. Lichtbildaufnahmen von offen aufgebahrten Leichen bedürfen der Erlaubnis der Friedhofsverwaltung und der Zustimmung desjenigen, der die Bestattung in Auftrag gegeben hat.

**§ 26****Benutzungszwang**

- (1) Jede Leiche der im Gemeindegebiet Verstorbenen ist nach Vornahme der Leichenschau unverzüglich, möglichst noch am Sterbetag, spätestens aber am darauf folgenden Tag, in das Leichenhaus zu verbringen.
- (2) Die von einem Ort außerhalb des Gemeindegebietes überführten Leichen sind unverzüglich nach Ankunft in das Leichenhaus zu verbringen, falls nicht die Bestattung unmittelbar nach der Ankunft stattfindet.
- (3) Ausnahmen können gestattet werden, wenn
  - a) der Tod in einer Anstalt (z.B. Krankenhaus) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist;
  - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort freigegeben und unverzüglich überführt wird.

**VII. Leichentransportmittel****§ 27****Leichentransport**

Die Beförderung der Leichen der im Gemeindegebiet Verstorbenen übernimmt innerhalb des Gemeindegebietes ein anerkanntes Bestattungsunternehmen mit seinen Leichentransportmitteln. Im übrigen gelten für die Leichentransportmittel die Vorschriften nach DIN 77300, Ziffer 4.2.1.

**VIII. Friedhofs- und Bestattungspersonal****§ 28****Leichenperson**

Die Verrichtungen des Reinigens und Umkleidens von Leichen übernimmt ein anerkanntes Bestattungsunternehmen, aber stets erst nach erfolgter Leichenschau. Im übrigen gelten für die Leichenversorgung die Vorschriften nach DIN 77300, Ziffer 4.1.4.

**§ 29****Leichenträger**

Den Transport von Leichen, die Mithilfe bei der Aufbahrung von Leichen, die Mitwirkung bei den Beerdigungsfeierlichkeiten sowie den Begleitsdienst bei Überführungen übernimmt ein anerkanntes Bestattungsunternehmen. Im übrigen gelten für den Transport von Leichen die Vorschriften nach DIN 77300, Ziffer 4.2.3.

**§ 30****Friedhofswärter**

Der Grabaushub, die Einfüllung des Grabes und die unmittelbare Wahrnehmung aller mit dem Friedhofsbetrieb verbundenen Aufgaben obliegt dem Friedhofswärter oder dem von der Gemeinde beauftragten Bestattungsunternehmen.

**IX. Bestattungsvorschriften****§ 31****Anzeigepflicht**

- (1) Bestattungen auf dem gemeindlichen Friedhof sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- (2) Soll die Beisetzung in einer Grabstätte stattfinden, an der ein Nutzungsrecht besteht, so ist dieses Recht nachzuweisen.
- (3) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde bzw. das von der Gemeinde beauftragte Bestattungsunternehmen fest.

**§ 32****Ruhezeiten**

Die Ruhezeit beträgt bei einer

1. Erdbestattung in einem Einzelgrab, Doppelgrab oder Familiengrab
  - a) in den Friedhofsteilen "Alt" und "Nord" ..... 20 Jahre,
  - b) im Friedhofsteil "Ost" ..... 12 Jahre;
2. Erdbestattung von Kindern bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr in einem Einzelgrab, Doppelgrab oder Familiengrab ..... 12 Jahre;
3. Erdbestattung von Kindern bis zum vollendeten fünften Lebensjahr in einem Kindergrab ..... 12 Jahre;
4. Urnenbestattung ..... 12 Jahre.

**§ 33****Exhumierung**

- (1) Die Exhumierung von Leichen und Aschenresten bedarf, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der Erlaubnis der Gemeinde. Sie darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund die Störung der Totenruhe und die Unterbrechung der Verwesung rechtfertigt.
- (2) Die Erlaubnis kann grundsätzlich nur von den in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten Angehörigen beantragt werden. Außerdem ist zur Exhumierung die Zustimmung des Grabnutzungsberechtigten notwendig.
- (3) Die Gemeinde bestimmt den Zeitpunkt der Exhumierung. Sie lässt die Exhumierung von Leichen durch ein anerkanntes Bestattungsunternehmen durchführen.
- (4) Exhumierungen von Leichen können nur in den Monaten Oktober bis März vorgenommen werden. Die Teilnahme an einer Exhumierung ist nur den Mitarbeitern der Friedhofsverwaltung und den zuständigen Behörden gestattet.
- (5) Exhumierte Leichen oder Leichenteile sind unverzüglich wieder beizusetzen und vor der Umbettung oder Überführung neu einzusargen, wenn der Sarg beschädigt ist.
- (6) Die Exhumierung von Leichen und Aschenresten zu anderen als zu Umbettungszwecken bedarf einer behördlichen oder einer richterlichen Anordnung.
- (7) Im übrigen gelten bei Exhumierungen die Vorschriften nach DIN 77300, Ziffer 4.4.5.5.

**X. Schlußbestimmungen****§ 34****Ordnungswidrigkeiten**

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO kann mit Geldbuße belegt werden, wer

1. den Bestimmungen über das Verhalten auf dem Friedhof zuwiderhandelt (§ 7),
2. die Bestimmungen über die gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof nicht beachtet (§ 8),
3. Bestattungen nicht unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzeigt (§ 31 Abs. 1),
4. den Bestimmungen über Exhumierungen (§ 33) zuwiderhandelt.

**§ 35****Haftungsausschluß**

Die Gemeinde haftet nicht

1. für Schäden, die durch dritte Personen, durch Tiere oder durch satzungswidrige Benutzung des Friedhofes, seiner Anlagen und Einrichtungen entstehen;
2. für das Abhandenkommen von Privateigentum, das sich im Friedhof befindet.

**§ 36****Anordnungen für den Einzelfall, Zwangsmittel**

- (1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Den Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

**§ 37****In-Kraft-Treten**

- (1) Diese Satzung tritt am 01. Januar 2003 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Bestattungseinrichtungen in der Gemeinde Bernau a. Chiemsee (Bestattungssatzung) vom 12. November 1981, zuletzt geändert am 05. April 1993, außer Kraft.

Bernau a. Chiemsee, 18. Dezember 2002



Gemeinde Bernau a. Chiemsee

Daiber  
1. Bürgermeister

## **Bekanntmachungsvermerk:**

Diese Satzung wurde am 10.01.2003 im Rathaus der Gemeinde Bernau a. Chiemsee zur öffentlichen Einsichtnahme niedergelegt.

Hierauf wurde durch Anschlag an allen Gemeindetafeln hingewiesen.

Die Anschläge wurden am 10.01.2003 angeheftet und am 31.01.2003 wieder entfernt.

Bernau a. Chiemsee, 03.02.2003



Daiber

1. Bürgermeister

